

## - ☐☐ **Kein "Jobwunder"**

Die großen Konzerne in Deutschland verlagern mehr Stellen ins Ausland, als sie im Inland schaffen. Zudem boomt die Zeitarbeitsbranche. Das berichtet das Handelsblatt. Besonders die 30 Dax-Konzerne würden zunehmend auf Zeitarbeiter zurück greifen. Dies ginge zulasten der Stammbeslegschaft. Zeitarbeiter gelten als "flexible Arbeitsreserve". In den vergangenen vier Jahren seien 80.000 reguläre Erwerbsarbeitsplätze bei den Großkonzernen abgebaut worden. Allein im letzten Jahr seien es 11.600 Stellen gewesen.

Dies sei das Ergebnis einer Handelsblatt-Analyse. Im internationalen Vergleich sei die Zahl der in Deutschland beschäftigten Zeitarbeiter aber eher moderat. In Großbritannien und den Niederlanden etwa sei der Anteil der Zeitarbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten doppelt so hoch wie in Deutschland.

Erst seitdem die rot-grüne Bundesregierung im Zuge der Hartz IV-Reformen bereits im Jahr 2003 den Arbeitsmarkt deregulierte, habe die Zeitarbeit in Deutschland einen regelrechten Siegeszug angetreten. Gab es damals nur

300.000 Zeitarbeiter, seien es heute knapp 900.000. Nun gerate die Zeitarbeitsbranche aber unter Druck. Verantwortlich dafür sei die Forderung nach "gleichem Lohn für gleiche Arbeit".

## - ☐☐ **Lohndumping durch Zeitarbeit**

Laut einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) benötigt jeder achte Arbeitnehmer in der Zeitarbeitsbranche zusätzliche Hartz IV-Leistungen, eine sogenannte Aufstockung. Nach Angaben der Studie reichte bei derzeit rund 92.000 Menschen das Erwerbseinkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu decken.

Zeitarbeiter mit einem vollen Beschäftigungsverhältnis verdienen im Schnitt nur halb so viel, wie im Durchschnitt regulär Erwerbsbeschäftigte in Vollzeit. Das Risiko zu verarmen sei bei Zeitarbeitern fünf mal höher, als bei einer regulären Beschäftigung, gemessen an der Gesamtwirtschaft. Nach Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands, sei Leiharbeit "eine der Hauptverkehrsstraßen in prekäre Beschäftigung".

- □ □ **Grundeinkommen in Namibia**

Die BIG-Koalition in Namibia setzt sich weiterhin dafür ein, ein bedingungsloses Grundeinkommen (Basic Income Grant) in Namibia einzuführen. Die Regierung des Landes hatte dies bereits mehrfach abgelehnt. Mit Unterstützung aus Brasilien will die BIG-Koalition die Regierung bis Ende 2011 überzeugt haben.

Auf Einladung von Bischof Zephania Kameeta von der Evangelisch-Lutherischen Kirche (ELCRN), dem Vorsitzenden der BIG-Koalition in Namibia, ist seit dem Wochenende der brasilianische Politiker Eduardo Suplicy, Senator der Region Sao Paulo und Mitinitiator des dortigen Grundeinkommen-Programms zu Gast in Namibia.

Im Jahr 2003 hatte die brasilianische Regierung ein Bildungsprogramm für Familien eingeführt, und später mit der schrittweisen Einführung eines Grundeinkommens begonnen. In Namibia hat die BIG-Koalition im Jahre 2008 ein zweijähriges Grundeinkommens-Pilotprojekt gestartet. Alle Einwohner des Dorfes Otjivero bekamen pro Monat 100 Namibia-Dollar.

Seit 2010 können durch eine "Brückenfinanzierung" nur noch 80 Namibia-Dollar pro Einwohner und Monat ausgezahlt werden. Ende 2011 seien die Kassen leer. Daher solle noch in diesem Jahr die Regierung von der landesweiten

# Einführung eines Grundeinkommens in Namibia überzeugt werden.

- [□ □ \*\*Ausstieg aus BIG-Coalition\*\*](#)
- [□ □ \*\*Grundeinkommen geht weiter\*\*](#)
- [□ □ \*\*BGE - Pilotprojekt in Namibia\*\*](#)
- [□ □ \*\*Grundeinkommen wird\*\*  
\[\\*\\*Lehrinhalt\\*\\*\]\(#\)](#)

## - **□ □ Deutsche Abgeordnete fühlen sich machtlos**

Laut einer Studie der Stiftung Change Centre und der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf fühlen sich viele Abgeordnete in deutschen Parlamenten machtlos und den Bürger in der Verantwortung für gesellschaftliche Veränderung. Die Autoren der Studie vermuten als Gründe für diese Haltung die "vielfältigen Zwänge von Fraktionen und Parteiapparaten" sowie die

## Arbeitsteilung im Parlament.

Aus demokratiethoretischer Perspektive sei gefühlte Machtlosigkeit bei Abgeordneten bedenklich, kommentierte der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann die Ergebnisse der Studie. Im Zuge dieser Studie seien insgesamt 2000 Abgeordnete aus Bundestag, Landtagen und Städteparlamenten befragt worden. Demnach würden sich viele Abgeordnete fast hinter den Bürgern verstecken, die Autoren

# der Studie.

Insbesondere FDP-Politiker sehen den Einzelnen für gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich. Am meisten in der eigenen Verantwortung sahen sich SPD- und Linke-Abgeordnete. Gefragt worden sei, ob der Staat, die Wirtschaft oder der Einzelne zuständig für gesellschaftliche Veränderungen sei.

## Kommentar:

Die Studie bestätigt den Eindruck einer in Deutschland vorherrschenden ministerialbürokratischen Diktatur, in der Parlamentarier die weitestgehend im Geheimen von Lobbyisten und Parteifunktionären in Hinterzimmern verfassten und diktierten Gesetzesentwürfe abnicken, oder zum totdiskutieren an diverse Ausschüsse weiterreichen dürfen. Die Verantwortung für Politik wird dem

## Einzelnen zugeschoben.

Dies ist besonders deswegen so perfide, weil in einer tatsächlichen Demokratie tatsächlich auch der Einzelne als Souverän in der Verantwortung steht. Er verfügt dann aber zugleich auch über die dafür notwendige politische Gestaltungs- und Teilhabeberechtigung wie -befähigung. In der gegenwärtigen ministerialbürokratischen und parlamentarischen Mehrheiten-Diktatur fehlt aber genau dieses fundamentale

# demokratische Gestaltungspotenzial für den Einzelnen.

-  Erneut Polizeigewalt in  
**Stuttgart**

Am Dienstagmorgen ist die Polizei erneut gewaltsam gegen friedliche Demonstranten vorgegangen. Gegner des Bahnhofprojektes Stuttgart 21 hatten mit Blockade-Aktionen versucht, die Umpflanzung von Bäumen zu verhindern. Gegen halb vier Uhr morgens begannen die Baumarbeiten. Demonstranten stellten sich vier Spezialfahrzeugen entgegen, die 16 Bäume am Nordausgang des Bahnhofs ausgraben und

# umpflanzen sollten.

Die Polizei räumte Sitzblockaden mit Gewalt und machte den Weg für die Baufahrzeuge frei. Nach Angaben der Parkschützer seien dabei Schlagstöcke eingesetzt worden. Mehrere tausend Demonstranten waren in den frühen Morgenstunden zusammen gekommen. Einige von ihnen

# besetzten Bäume.

Die Parkschützer rufen auch weiterhin zur Unterstützung der Aktivisten und Demonstranten auf und erneuern ihre Forderung nach einem sofortigen Baustopp und den im Schlichterspruch vereinbarten Stresstest. Die Bahn muss demnach

nachweisen, dass der geplante Tiefbahnhof mehr Züge abfertigen kann, als der bestehende Kopfbahnhof. Die Baumaktion soll am Donnerstag beendet sein.

Die Proteste gegen Stuttgart 21 halten unterdes an. Tagtäglich

werden Baufahrzeuge  
blockiert, jeden Tag um 19  
Uhr findet der sogenannte  
Schwabenstreich statt.  
Bereits am Montagabend  
hatten mehrere tausend  
Menschen bei der  
traditionellen  
Montagsdemo für einen  
Baustopp demonstriert.

# Kommentar:

Eine Nacht- und  
Nebelaktion, begleitet  
zudem von der Gewalt  
uniformierter,  
paramilitärischer Söldner,  
die den Polizeiberuf in den  
Dreck ziehen – ein  
gesellschaftlich nützliches  
und transparentes und

tatsächlich demokratisch  
legitimiertes Projekt sieht  
anders aus. Nur eine  
obrigkeitsstaatliche  
Zentralgewalt hält sich  
militante Söldnertruppen  
als ausführendes  
Gewaltorgan um  
gesellschaftliche  
Willensbildungs- und  
Gestaltungsprozesse, und  
damit lebendige  
Demokratie unter dem

Vorwand von Sicherheit  
und Ordnung zu  
untergraben oder gar  
bereits im Keim zu  
ersticken.

Die in Stuttgart sichtbare  
Polizeigewalt, allein bereits  
in Form eines  
paramilitärischen  
Aufmarsches, ist der

Ausdruck einer  
antidemokratischen  
Herrschaftsordnung, in der  
sich der Einzelne einem  
von Obrigkeiten und deren  
moralistischen und  
ökonomistischen  
Rechtsordnung verformten  
Kollektiv unterwerfen  
muss, und die dies im  
Rahmen faschistischer  
Propaganda und Agitation  
als Freiheit wahrnimmt und

ausgibt.

- □ □ Deutscher  
Polizeistaat gedeiht

- □ □ Polizeistaatsterr  
or geht weiter

# - □ □ **Rasanter Verarmungstrend in den USA**

Laut den Daten des  
US-Landwirtschaftsminis-  
terium (United States  
Department of

Agriculture) stieg die Zahl der Bezieher von Lebensmittelmarken in den USA im November 2010, bereits den 25. Monat in Folge, auf 43.595.794 Menschen an, nach 43.200.878 Menschen im Vormonat und nach 38.183.998 Menschen im Vorjahresmonat. Das

berichtet [Querschuesse](#).  
Mittlerweile bezögen  
14,02 Prozent der  
Gesamtbevölkerung der  
USA staatliche  
Lebensmittelhilfen. Im  
November 2010 sei mit  
5,815 Mrd. Dollar, den  
22. Monat in Folge, auch  
ein neuer Monatsrekord  
bei den Kosten für  
Lebensmittelmarken

generiert worden. Darin  
seien die Kosten für den  
Verwaltungsaufwand  
noch nicht einmal  
enthalten.

- □ □

# Weltsozialforum

In Dakar im Senegal  
findet derzeit das  
Weltsozialforum  
(WSF) statt. Der  
bolivianische

Präsident Evo Morales  
hatte bei der Eröffnung  
am  
Sonntag  
zum gemeinsamen  
Widerstand gegen den  
Neoliberalismus  
aufgerufen. Der  
Schlüssel zu einer  
gerechteren Welt sei  
die Abschaffung des

Kapitalismus, des  
Neoliberalismus, des  
Kolonialismus und der  
Hierarchien. Die  
Grundversorgung der  
Menschen dürfe nicht  
in privaten Händen  
liegen.

Auf dem Treffen von Globalisierungskritikern aus der ganzen Welt wurden auch die Volksaufstände in der arabischen Welt thematisiert. Sie gelten als Zeichen der Krise des Kapitalismus und

zeigten, dass die  
Menschen ihr  
Schicksal selbst in die  
Hand nehmen  
könnten. An einem  
Protestzug hatten  
insgesamt 45.000  
Menschen  
teilgenommen,  
darunter auch

zahlreiche Vertreter  
arabischer Länder,  
die das Ende  
diktatorischer  
Regierungen  
forderten.

Das Weltsozialforum

wurde 2001 als  
Gegengewicht zum  
Weltwirtschaftsforum  
in Davos ins Leben  
gerufen. Auf dem  
insgesamt sechs  
Tage dauernden  
Treffen sollen  
Alternativen zum  
bestehenden

Weltwirtschaftssystem und eine gerechte Verteilung der Ressourcen diskutiert werden. Auf dem diesjährigen Treffen soll mehr als früher der Wunsch nach gesellschaftlichen Alternativen im

# Vordergrund stehen.

# - Millionär arbeitet weiter

In Frankreich hat ein  
Lottogewinner die  
Firma, bei der er bis  
dato beschäftigt  
kurzerhand gekauft.

Das berichtete  
SpiegelOnline. Der  
LKW-Fahrer hatte  
zehn Millionen Euro  
gewonnen und von  
dem Geld für  
mehrere  
Hunderttausend  
Euro das  
angeschlagene

Speditionsunternehmen gekauft. Mit seinem bisherigen Chef tauschte er die Positionen. Der Millionär gehe jeden Tag ins Büro und setze sich bei Bedarf auch noch mal selbst hinter das Steuer.

Geschrieben von: Baraka

Mittwoch, den 09. Februar 2011 um 20:21 Uhr

---

{jcomments on}